

## Gemeinde- und Staatsarbeiter Biel

Nur noch wenige Tage trennen uns von einer wichtigen Entscheidung, der Abstimmung über das Budget. Die stimmbfähigen Bürger sind dieser Tage in den Besitz desselben gelangt. Seit Jahren ist es das erste, das mit einem bescheidenen Vortrag abschliesst. Das von der Sozialdemokratischen Partei vor zwei Jahren anlässlich der Gesamterneuerungswahlen abgegebene Versprechen, die misslichen finanziellen Verhältnisse unseres Gemeindehaushaltes zu sanieren, ist damit von den Behörden bereits teilweise in die Tat umgesetzt worden. Die verschiedenen reorganisatorischen Massnahmen haben an sachlichen und Personalausgaben eine Einsparung von rund  $\frac{3}{4}$  Millionen Franken gebracht, wobei es allerdings zugestandenermassen da und dort nicht ohne Härten abgegangen ist. Wesentlichen Einfluss auf Verminderung der Ausgaben hatte die Einführung der Alters- und Invalidenversicherung.

Vernünftigerweise sollte man annehmen dürfen, dass auch unsere wirtschaftlichen und politischen Gegner den Voranschlag pro 1923 unterstützen und so die Behörden in die Lage versetzen würden, das angefangene Werk der Reorganisation weiterzuführen. Aber weit gefehlt. Diejenigen, die da glaubten, die Bürgerlichen würden jetzt der Devise von 1921, „ . . . die Arbeiter auf dem Lande wie in der Stadt wirtschaftlich zu stärken und unabhängig zu machen.“ usw., den notwendigen inneren Wert zu verleihen, sind ihrer Vertrauensseligkeit ein weiteres Mal betrogen worden. An der letzten Sitzung des Stadtrates haben die Sprecher der bürgerlichen Fraktionen den schärfsten Kampf gegen das Budget angekündigt. Welches sind nun die Motive dieser Kampfansage?

Das städtische Personal (mit Ausnahme der Lehrerschaft?) bezieht zu hohe Löhne!  
In den industriellen Betrieben muss die Arbeitszeit verlängert werden!

Das nennt man wahrscheinlich wirtschaftliche Stärkung und menschenwürdige Gestaltung des Daseins?

Im Grunde genommen richtet sich der Kampf der bürgerlichen Drahtzieher nicht nur gegen die städtischen Arbeiter, Angestellten und Beamten, sondern gegen die organisierte Arbeiterschaft überhaupt und insbesondere gegen die rote Mehrheit. Es ist für die bürgerlichen Herrschaften höchst unangenehm, erleben zu müssen, dass es den „vaterlandslosen Gesellen“ gelungen ist, in ihre Misswirtschaft, als einzige Hinterlassenschaft, Ordnung zu bringen.

Welche Konsequenzen ergeben sich aus der vorstehenden Sachlage für uns?

Wenn die städtische und die Arbeiterschaft der Privatindustrie sich hier nicht restlos in den Dienst der endlich doch gemeinsamen Sache stellen, werden weitere erhebliche Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen die unausbleibliche Folge sein.

Genossen, benützt deshalb die kurze Spanne Zeit bis zum 18. Februar noch zur regen Propaganda für Annahme des Budgets. Es ist Ehrenpflicht eines jeden städtischen Funktionärs, den Organisationen bei der Agitation tatkräftig an die Hand zu gehen. Keiner darf zurückstehen.

Gleichgültigkeit und Indifferenz sind in dieser Stunde, wo das Interesse des einzelnen und aller auf dem Spiel steht, ein Verbrechen an sich selbst und an der Allgemeinheit.

Am 18. Februar gilt es, in geschlossener Front den Ansturm der blindwütenden Reaktion auf die Lebensinteressen der sozialistischen Gemeinde, des Personals und der gesamten Arbeiterschaft mit Wucht abzuschlagen.

Legt am 18. Februar für das Budget ein kräftiges Ja in die Urne!

Wr.

Der Gemeinde- und Staatsarbeiter, 1923-02-16.

Gemeinde- und Staatsarbeiter Biel > Budget Stadt Biel. Abstimmung 18.2.1923.doc.